

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft



SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 5/2009

12. November 2009

Schulreform: SPD drängt auf wirkliche Chancengleichheit

Mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes in der Bürgerschaft ist die Schulreform des schwarz-grünen Senats nun in eine offizielle Form gegossen. Die SPD-Fraktion hat ihre kritische Position nochmals in einem eigenen Alternativ-Antrag deutlich gemacht: Längeres gemeinsames Lernen ist richtig – aber es muss dann auch konsequent gemacht werden und vor allem ohne eingebaute Fallstricke, die das Ziel der Reform in ihr Gegenteil zu verkehren drohen.

„Gut gemeint ist noch nicht gut gemacht“, so die Kritik der SPD. Denn: „Die Primarschulpläne bergen die Gefahr, dass die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg von Kindern früher fällt,

als dies jetzt der Fall ist.“ Warum? Weil das Wahlrecht der Eltern beim Übergang von der Primarschule in die weiterführende Schule abgeschafft wird (der sogenannte „Elternwille“), und weil die einzelnen Primarschulen mit jeweils umliegenden weiterführenden Schulen kooperieren. Deshalb, so die begründete Befürchtung, werden statusbewusste Eltern schon bei der Auswahl der Primarschule dafür sorgen, dass ihr Kind in die richtige Startposition für das gewünschte Gymnasium kommt – und die anderen haben das Nachsehen.

Deshalb fordert die SPD, dass Primarschulen und Gymnasien organisatorisch und räumlich getrennt blei-

ben, und dass die zukünftigen Stadtteilschulen und die Gymnasien so ausgestaltet werden, dass sie gleichwertige und akzeptierte Schulformen sein können. Außerdem darf das Umsteuern des Schulwesens zum gemeinsamen Lernen aller Kinder nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Deshalb fordert die SPD: „Die regionalen Bildungskonferenzen müssen dazu genutzt werden, in den nächsten Jahren den Prozess der Überwindung der Mehrgliedrigkeit unter Einbeziehung aller Schulformen des Schulsystems weiter zu betreiben (...) und ein Konzept mit konkreten Schritten zur Einrichtung einer Schule für alle zu entwickeln.“

In dieser Ausgabe:

RÄUME FÜR KÜNSTLER ERHALTEN—MUSIKBUNKER HUMBOLDTSTRASSE	2
PARKQUARTIER FRIEDRICHSBERG: VERGABE IM HÖCHSTGEBOTSVERFAHREN?	2
OBdachLOSIG- UND wohnungsLOSIGKEIT IN HAMBURG	3
MUSSEEN IN HAMBURG: SENAT GIBT MUSEEN DEN SCHWARZEN PETER	3
KONTAKT ZU DEN SPD-WAHLKREISBÜROS	4
BUCHTIPP: „MEINUNGSMACHE“ VON ALBRECHT MÜLLER	4
TERMINE	4

Durch die rote Brille
Der Kommentar
auf Seite 1

Hamburgs Bezirke ohne Geld — wie die Stadt ihre Bezirke allein lässt

Vor ein paar Wochen machten Entwürfe zu einem neuen Sparprogramm des Schwarz-Grünen Senats für Hamburgs Bezirke die Runde (Hamburger Abendblatt, 22.10.09). Hierin wird ausgeführt, dass bis zum Jahr 2014 die sieben Hamburger Bezirksämter 118 Millionen Euro einsparen sollen (jährliche Ausgaben: 430 bis 445 Millionen, 2008-2010). Von 2015 an sollen jährlich

weitere 34 Millionen Euro eingespart werden. Das bedeutet, dass die neuen Aufgaben durch Umschichtung der Bezirkshaushalte und entsprechende Kürzungen finanziert werden müssen. Freie Träger müssen damit rechnen, dass Mittel abgesenkt, bestimmte Aufgaben nicht mehr durchgeführt oder Schließungen von sozialen und anderen kommunalen Einrichtungen erfol-

gen werden. Viele Bürgerinnen und Bürger werden sich in Zukunft auf eine deutlich mindere Qualität der Dienstleistungsangebote von Seiten der Bezirke einstellen müssen.

Eine Übertragung von Aufgaben von der Zuständigkeit der Stadt hin zu den Verantwortungsbereichen der Bezirke ist grundsätzlich durchaus sinnvoll. So ist bei-

spielsweise die Stärkung der Senioren- oder der Kinder- und Jugendhilfearbeit in den Bezirken begrüßenswert. Hier ist man näher an den Menschen und den zuständigen Einrichtungen dran. Allerdings sind in diesen Bereichen jetzt schon die Ressourcenausstattungen und Finanzierungen vollkommen unzureichend. Diese Situation wird

Fortsetzung auf Seite 2

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

Fortsetzung S. 1 Bezirke ohne Geld

sich nun mit den Kürzungen des Senats in den kommenden Jahren weiter zuspitzen. Und das bei einem Ansteigen der Zahl älterer Menschen und bei immer mehr sozialen Problemen in unserer Gesellschaft.

Diese Entwicklungen sind Ausdruck einer falschen Prio-

ritätensetzung in der Hamburger Politik. Denn: Finanzielle Mittel waren in den letzten Jahren für Vieles da. Jetzt zeigt sich aber genau das, wovor gerade auch die SPD immer wieder gewarnt hat: Es fehlen mehr und mehr Gelder für die Dinge, von denen alle Menschen in der

Stadt profitieren. Und die Zukunft sieht nicht rosig aus: Denn das Strategiepapier des Sozialsenators Wersich („10 Goldene Regeln“ zur Haushaltskonsolidierung) verheißt weitere soziale Einschnitte. Dieser Entwicklung will die SPD entgegen treten!

Räume für Künstler erhalten - auch den Musikbunker Humboldtstraße!



Bunker in der Humboldtstraße
© Foto Oliver Trede

Die SPD unterstützt die Kritik der Künstlerinnen und Künstler in deren Manifest „Not in our name“. Wilfried Buss, Mitglied im Kulturausschuss der Bürgerschaft bekräftigt: „Kulturpolitik und Stadtentwicklung dürfen nicht nur nach wirtschaftlichen ‚Standort‘-Kriterien ausgerichtet werden. Wenn Häuser und Grundstücke immer nur an diejenigen vermietet oder verkauft werden, der am meisten zahlt, haben Kultur-

schaffende oder auch soziale Projekte keine Chance.“

Umso mehr freut sich die SPD, dass mit dem Musikbunker in der Humboldtstraße nun ein wichtiger Proberaum für Hamburger Bands vorerst für fünf Jahre gerettet werden konnte. Dazu die Bezirksabgeordnete Funda Gür, die sich dafür stark gemacht hatte: „Unser politisches und persönliches Engagement für die Musikerinnen und Musiker vor Ort hat

Früchte getragen. Wir freuen uns, dass hier eine solide Lösung für die kommenden Jahre erarbeitet werden konnte.“

Aber die Mahnung der Künstler/innen muss die SPD auch für sich annehmen, so Buss: „Auch wir waren früher in der Versuchung, die Künstler gern als Aushängeschild zu sehen, aber ihre Förderung stiefmütterlich zu behandeln. Doch wir haben gelernt.“

Parkquartier Friedrichsberg: Vergabe doch im Höchstgebotsverfahren?

**KSENIJA BEKERIS:
„FAMILIEN-
FREUNDLICHE
KONZEPTE —
NICHT MAXIMALER
GEWINN!“**

Im Parkquartier Friedrichsberg sollen eigentlich Wohnungen für eine gemischte Bevölkerung entstehen. Gerade auch junge Familien, die sich zum Teil in Baugemeinschaften zusammengefunden haben, sollen hier relativ günstigen familiengerechten Wohnraum erhalten können. Inzwischen herrscht jedoch im Stadtteil Barmbek-Süd helle Aufregung. Im 2. Bauabschnitt des Parkquartiers Friedrichsberg sollte die Vergabe der Grundstücke im Höchstgebotsverfahren erfolgen - somit wäre nur der gebotene Preis und nicht die Güte des Konzepts entscheidend.

Stadtteilverein und Stadtrat Barmbek-Süd hatten in einem Offenen Brief auf diese Gefahr hingewiesen. Diese scheint zunächst abgewendet. Aus der Antwort des Senats auf eine Schriftliche Kleine Anfrage von Ksenija Bekeris ergab sich, dass die Grundstücke nicht im Höchstgebotsverfahren vergeben werden sollen.

Die Lage bleibt aber kompliziert, die Vergabekriterien sind weiterhin unklar. Offenbar werden die Bieter gedrängt, ihre Angebote zu erhöhen. Erst nach der Ausschreibung war der Wohnungsentwicklungsplan

(WEP) verabschiedet worden. Daher steht nun zu befürchten, dass weniger strenge Kriterien für die Bebauung angewendet werden und der gebotene Preis doch eine größere Rolle spielen wird.

Die Position von Ksenija Bekeris zum Thema ist eindeutig: „Grundlage für die Vergabe der Grundstücke müssen familienfreundliche Konzepte und der Anteil familiengerechter Wohnungen sein und nicht maximaler Gewinn.“

Anhaltend hohe Zahl Wohnungs- und Obdachloser — die Stadt bleibt gefordert!

In Hamburg gibt es laut einer Studie des Senats 1.029 Obdachlose. Hinzu kommt eine nicht geringe Zahl an Menschen, die auf der Straße leben, aber von der im Frühjahr dieses Jahres durchgeführten Obdachlosenzählung nicht erfasst wurden – sowie knapp 3.000 Menschen, die wohnungslos und in öffentlichen Einrichtungen untergekommen sind. Das ist in einer so reichen Stadt wie Hamburg eine erschreckend hohe Zahl an Wohnungs- und Obdachlosen.

Die Entwicklung der Obdachlosigkeit in Hamburg zeigt obendrein alarmierende Entwicklungen: Mehr und mehr Menschen leben immer länger auf der Straße, sie nehmen die Angebote der Stadt nicht mehr wahr und bleiben über Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte am Rande der Gesellschaft.

Die Verstärkung der Obdachlosigkeit lässt sich auch in nackten Zahlen ausdrücken: Das Durchschnittsalter der Obdachlosen hat sich in den letzten dreizehn Jahren von 37 auf 43 Jahre erhöht. Auch die Dauer der Obdachlosigkeit hat – im Vergleich zu 2002 – zugenommen: Damals lag sie bei durchschnittlich 47 Monaten, heute liegt sie bei 58 Monaten. Über 35 Prozent der Obdachlosen leben seit mehr als fünf Jahren auf der Straße.

Was ist zu tun? Fakt ist, dass die Qualität und die Standards der Unterbringungen für Wohnungs- und Obdachlose oft nicht ausreichend sind. Es gibt zu wenig freie Plätze und es mangelt an Einzelbettzimmern. Es gibt noch immer ein zu geringes Angebot an Betreuung und Beratung – gerade für junge Menschen und für Frauen. Vor

allem aber mangelt es in Hamburg an ausreichendem sozialen Wohnungsbau.

Der Senat kommt seit Jahren seiner Pflicht nicht nach und spart an der falschen Stelle. Immer öfter wird deutlich: Der Senator für Soziales versucht die Verantwortung für die Menschen, die Opfer einer steigenden sozialen Ungleichheit werden, zunehmend den Schultern gemeinnütziger Einrichtungen und Freiwilliger aufzubürden. An dieser Stelle ist jedoch die Stadt gefordert – hier muss Geld in die Hand genommen werden. Geld, das für über tausend Menschen ein würdiges Leben bedeutet. Hier handelt es sich um klare politische Entscheidungen, die mit aller Dringlichkeit vom Senat eingefordert werden müssen!

Schwarz-Grün gibt Museen den schwarzen Peter

Überschuldung der Museen ist aber Verantwortung des Senats

Der Senat hatte Hamburgs Museen zwar letztes Jahr entschuldet, aber nicht dafür gesorgt, dass sie auch auf Dauer eine solide Finanzierungsbasis bekommen. Daher sind sie dieses Jahr bereits wieder mit sechs Millionen Euro im Minus. Doch der Senat schiebt den Museen den schwarzen-Peter zu und drückt sich vor seiner politischen Verantwortung, wie der CDU-Kulturpolitiker Ehlers jüngst in einem Interview deutlich machte.

Der sozialdemokratische Kulturpolitiker Wilfried Buss findet das scheinheilig: „Auf

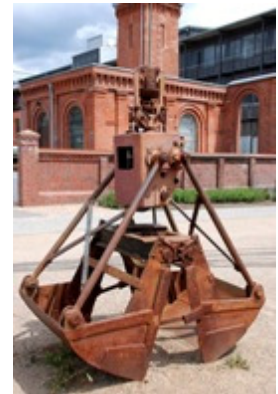
der einen Seite erwartet der Senat von den Museen, dass sie für den schönen Schein der ‚kreativen Stadt‘ ständig spektakuläre Highlights bieten, damit Hamburg in der Weltliga mithalten kann. Aber auf der anderen Seite reichen die Mittel, die die Museen dafür vom Senat bekommen, hinten und vorne nicht aus.“

Nun stehen die Museen allein da, auch was die Eintrittspreise angeht: Der freie Eintritt für Kinder konnte vor vier Jahren ja nur dank eines großzügigen privaten Sponsors realisiert werden,

das nun ausläuft. Nun müssen die Museen das entweder aus ihren eigenen Etats finanzieren, oder wieder höhere Eintrittspreise verlangen. Das ist aber eine politische Entscheidung, die Senat und Bürgerschaft treffen müssen.

Bevor jetzt über die Schließung einzelner Häuser geredet wird, sollte sich der Senat mit den Museen und der Stadt also erst einmal darüber verständigen, was die Museen leisten sollen: Hochglanz für die „Marke Hamburg“ oder gute Bildung und Kultur für Hamburgs Bürger.

KSENIJA BEKERIS:
„VERSTÄRKUNG
VON OBDACH-
LOSIGKEIT
ENTGEGEN
WIRKEN.“



© Bernd Storz/Pixelio,

WILFRIED BUSS:
„MITTEL FÜR
MUSEEN REICHEN
HINTEN UND
VORNE NICHT.“

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

UNSERE WAHLKREISBÜROS

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris **Büroleitung: Oliver Trede**

Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 51 90 69 08
Fax: 040 / 51 90 69 10
E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di: 10-19 Uhr
Mi-Fr: 09-13 Uhr

Webseite:

www.ksenija-bekeris.de

Abgeordnetenbüro Wilfried Buss **Büroleitung: Sönke Klages**

Ifflandstr. 85
22087 Hamburg

Telefon: 040 / 61 19 83 12
Fax: 040 / 61 19 83 13
E-Mail: post@wilfriedbuss.de

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 10-12 Uhr
14-17 Uhr

Webseite:

www.wilfriedbuss.de

Ausschüsse Ksenija Bekeris

- Eingabenausschuss
- Familien-, Kinder- und Jugend-
ausschuss
- Sozial- und Gleichstellungsaus-
schuss
- Wissenschaftsausschuss

Ausschüsse Wilfried Buss

- Eingabenausschuss
- Kultur-, Kreativwirtschafts-
und Tourismusausschuss
- Schulausschuss

Buchtipp: „Meinungsmache“ von Albrecht Müller

Der neue Müller: Provozierend, manchmal grobschlüchtig, immer aufklärend

„Meinungsmache. Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen“, so heißt das neue Buch von Albrecht Müller, des Autors von „Reformlüge“ und „Machtwahn“. Wie schon in den beiden früheren Büchern bürstet Müller die Aussagen der herrschenden Meinung in Politik und Wirtschaft gegen den Strich. Diesmal geht es ihm weniger um die Inhalte, sondern um die Mechanismen, mit denen Mei-

nungen „gemacht“ werden – und zwar auch solche Meinungen, die mit der Wahrheit nicht viel zu tun haben, aber den Mächtigen aus Wirtschaft, Politik und Medien nützen.

Der Sozialdemokrat und ehemalige Chefplaner der Kanzler Brandt und Schmidt formuliert nicht zimperlich: „Die totale Manipulation ist möglich. Die gleichgerichtete Prägung des Denkens

vieler Menschen ist möglich.“ Doch von solch groben Aussagen sollte man sich nicht abschrecken lassen, denn das Buch ist bei weitem keine platte, abwegige Verschwörungstheorie. Sondern eine sehr nützliche Anregung, kritisch und skeptisch zu bleiben gegenüber den vermeintlichen Wahrheiten, die uns in den Talkshows präsentiert werden.

Droemer Sachbuch Verlag, 448 S., € 19,95

Termine

Bürger/-innensprechstunde von Ksenija Bekeris - Ort: Abgeordnetenbüro, Pestalozzistraße 21a:

- Donnerstag, 26. November 2009 — 15 bis 16:30 Uhr
- Montag, 14. Dezember 2009 — 11 bis 13 Uhr

Mieter/-innenschutzberatung von Wilfried Buss - Ort: Abgeordnetenbüro, Ifflandstraße 85:

- Mittwoch, 18. November 2009 — 16 bis 18 Uhr
- Mittwoch, 16. Dezember 2009 — 16 bis 18 Uhr

Termine vorbehaltlich kurzfristiger Änderungen - bitte auf den Webseiten oder in der lokalen Presse prüfen.

Zu guter Letzt:

Beate Schmidt-Janssen, Leiterin des Abgeordnetenbüros von Ksenija Bekeris und zurzeit in Mutterschutz, ist Mutter geworden! Gesa ist seit September gesund und glücklich auf dieser Welt. Wir freuen uns sehr und wünschen den Eltern und Gesa alles Gute und viel Gesundheit!